

G20 – Gipfel der Ratlosigkeit?

Hintergrundpapier



Impressum

Erscheinungsort und Datum:

Siegburg, Oktober 2011

Herausgeber:

SÜDWIND e.V. –
Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstraße 58-60
53721 Siegburg
Tel.: +49 (0)2241-5 36 17
Fax: +49 (0)2241-5 13 08
E-Mail: info@suedwind-institut.de
Website: www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
Konto-Nr.: 99 88 77
BLZ: 350 601 90

Autor/in:

Dr. Pedro Morazán, Nora Große

Redaktion:

Bettina Jahn, Vera Schumacher

V.i.S.d.P.:

Martina Schaub

Titelfoto:

Mathew Knott/Flickr.com

ISBN: 978-3-929704-59-4

Diese Publikation wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Inhalt

ABKÜRZUNGEN	3
EINFÜHRUNG	4
G20 ALS FLEXIBLE PLATTFORM FÜR NEUE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE AKTEURE?	6
DAS THEMA ENTWICKLUNGSPOLITIK BEI DER G20	9
Die G20-Entwicklungsagenda	10
Ein Aktionsplan für Entwicklung	11
Allgemeine Kritik am Seoul Konsens	12
NEUE THEMEN FÜR CANNES	13
Nahrungsmittelkrise	13
Der G20-Aktionsplan zur Nahrungspreisvolatilität und Landwirtschaft	16
ALLGEMEINE KRITIK DER G20-AGENDA	19
Verteilungsfragen werden kaum thematisiert	19
Armutsbekämpfung und LICs als vergessene Verpflichtung?	22
Wann ist Wirtschaftswachstum ausgewogen?	23
FORDERUNGEN AN DIE G20	27
LITERATUR	29

ABKÜRZUNGEN

BNE	Bruttonationaleinkommen
BRIC	Brasilien, Russland, Indien, China
CIVETS	Kolumbien, Indonesien, Vietnam, Ägypten, Türkei, Südafrika
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations / Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FTT	Finanztransaktionssteuer
G20	Gruppe der Zwanzig: Argentinien, Brasilien, China, Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Korea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei, USA
G8	Gruppe der Acht: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA
IWF	Internationaler Währungsfonds
LICs	Low Income Countries / Länder mit niedrigem Einkommen
MDGs	Millenium Development Goals / Milleniumsentwicklungsziele
MICs	Middle Income Countries / Länder mittleren Einkommens
NRO	Nichtregierungsorganisationen
ODA	Official Development Assistance / Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SSK	Süd-Süd-Kooperation
UNO	United Nations Organisation / Organisation der Vereinten Nationen
WTO	World Trade Organisation / Welthandelsorganisation

EINFÜHRUNG

Seit 1999 kommen die Finanzminister und Zentralbankchefs der zwanzig mächtigsten Staaten der Welt¹ zusammen, um über langfristige Ansätze und Strategien zur weltweiten wirtschaftlichen Stabilität und Entwicklung zu diskutieren. Zusammen kontrollieren sie 90 % des globalen Bruttosozialproduktes, 80 % des Welthandels und zwei Drittel der Weltbevölkerung (vgl. G20, 2011b). Unweigerlich genießen die G20-Staaten somit einen enormen Einfluss auf die globale Wirtschafts- und Finanzlage. Die Themen und Beschlüsse der G20-Agenda sind daher besonders relevant für alle Mitwirkenden und Interessenten an der Gestaltung einer wirksamen, gerechten und nachhaltigen Entwicklungspolitik.

Die erste G20 entstand im Laufe der 90er Jahre im Versuch, eine internationale Antwort auf eine Reihe von Finanzkrisen – insbesondere die Ostasiatische Krise 1997-98 – zu finden.² Zunehmend machte sich die Erkenntnis breit, dass aufstrebende Staaten nicht ausreichend in globalen Diskussionsforen vertreten waren. Das erste G20-Treffen in Berlin im Dezember 1999 war somit nur der Anfang einer Reihe von jährlichen Verhandlungen zwischen Industrienationen und Schwellenländern über Wege, globales Wachstum und globale Entwicklung voranzutreiben.

Insbesondere seit der globalen Finanzkrise 2008 ist die G20 zum führenden Gremium zur Koordinierung der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik aufgestiegen. Zwischen November 2008 und 2010 kam es sogar zu fünf Treffen in halbjährlichem Abstand – zwei davon in den USA – um einen Ausweg aus der Krise zu finden.³ Ein weiterer Schwerpunkt der vergangenen Jahre war die verstärkte Regulierung und Beaufsichtigung des Finanzsystems, z.B. durch mehr Transparenz und Informationsaustausch in der Finanzpolitik zur Eindämmung von Steuerflucht. Außerdem wurden Ansätze diskutiert, um Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen und globales Wachstum zu fördern (vgl. G20, 2011b).

In einem Aktionsplan ("Action Plan") werden in der Regel gemeinsame Handlungsstrategien vereinbart. Dabei ist zu beachten, dass die G20 eine ad-hoc Gruppe ist, d.h. sie hat keine völkerrechtliche Legitimität und basiert auf dem freiwilligen Handeln der Akteure. Im Allgemeinen geht es darum, eine stärkere internationale Koordinierung unterschiedlicher nationaler Politiken voranzubringen.

¹ Eigentlich sind es 19 Staaten (Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, Vereinigtes Königreich, USA). Den 20. Staat bildet die EU, welche von der rotierenden Ratspräsidentschaft und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank repräsentiert wird (vgl. G20, 2011b).

² Die Finanzkrisen der 90er Jahre waren die Krise des EU-Wechselkursmechanismus 1992, mexikanische Krise 1994-95, Ostasiatische Krise 1997-98, Russische Krise 1998 und Brasilianische Krise 1998-99 (vgl. DeLong, o.J.).

³ Die letzten fünf Treffen fanden in Washington D.C. (November 2008), London (April 2009), Pittsburgh (November 2009), Toronto (April 2010) und Seoul (November 2010) statt (vgl. G20, 2011b).

Darüber hinaus strebt die Gruppe an, die zwischenstaatliche Kooperation zu verstärken und die internationalen Finanzinstitutionen (Internationaler Währungsfond [IWF] und Weltbank) zu reformieren.

Für den Gipfel in Cannes hat die G20 eine umfangreiche Agenda erstellt. Unter anderem stehen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Austausch über Makropolitik mit dem Ziel, übermäßige Ungleichgewichte zu überwinden;
- Orientierung an den Toronto-Zielen⁴;
- Reform des internationalen Währungssystems: Die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen;
- Erweiterung der Sonderziehungsrechte (auf der Basis eines Währungskorbes);
- Verbesserung des IWF-Instrumentariums;
- Stärkung der Berichterstattung des IWF;
- Der Umgang mit Hedgefonds und Schattenbanken;
- Finanztransaktionssteuer;
- Stabilisierung von systemrelevanten Finanzinstitutionen (SIFIs);
- Externe Ratingagenturen;
- Handel mit Derivaten, etc.

Im Kern spiegeln diese Themen die zentrale Zielsetzung der G20 wider: die Stabilisierung der Weltwirtschaft und eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Dieses Anliegen ist nicht nur ein berechtigtes Interesse der Mitgliedsländer dieser Gruppe. Von einer Stabilisierung der Weltwirtschaft profitieren – wenn auch in viel geringerem Maße – die meisten armen Entwicklungsländer. Die Transmissionskanäle der Krise auf diese Länder könnten damit trockengelegt werden.

Bei einem Erfolg dieser Stabilisierungsbemühungen könnten die Regulierungsfähigkeit und dadurch die Macht dieses Gremiums steigen. Das wäre ein eindeutiger Gewinn für einen Teil der traditionellen Entwicklungsländer, nämlich die Schwellenländer. Bereits im Seoul Entwicklungskonsens ist diese starke Präsenz der Schwellenländer zu erkennen.

⁴ Im G20-Gipfel von Toronto haben sich die G20-Länder als Ziel vorgenommen, die Staatsverschuldung zu halbieren.

G20 ALS FLEXIBLE PLATTFORM FÜR NEUE ENTWICKLUNGS- POLITISCHE AKTEURE?

Aus der Sicht von SÜDWIND wird die Relevanz der G20 in der mittelfristigen Perspektive eher zunehmen und stellt damit für die globale Zivilgesellschaft eine neue Herausforderung dar. Die G20 beeinflusst bereits die Koordinaten und Strategien der Entwicklungspolitik und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Global Governance für Entwicklung wird im Jahr 2011 möglicherweise dramatische Veränderungen erleben hinsichtlich der Frage: Wer entscheidet wofür und wie viel für wen ausgegeben wird?⁵ Bereits heute kommen mehr als 20 % der EZ-Ressourcen aus nicht traditionellen Quellen. Aufgrund der anstehenden Budgetkürzungen in den OECD-Ländern wird sich dieser Trend aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren weiter fortsetzen.

Schätzungen zufolge werden die BRIC-Staaten und weitere Schwellenländer im Jahr 2020 mehr als 60 % der weltweiten Produktion von Waren und Dienstleistungen auf sich vereinen (UN LDC IV /OHRLLS, 2011). Diese Veränderungen im weltweiten Kräfteverhältnis könnten auch Veränderungen in der gegenwärtigen internationalen Entwicklungsarchitektur bewirken, die (immer noch) stark von OECD-Ländern dominiert wird. Neben den BRIC gerät eine dritte Gruppe von kleineren, aber schnell wachsenden MICs in den Fokus der Aufmerksamkeit: Kolumbien, Indonesien, Vietnam, Ägypten, Türkei und Südafrika (CIVETS). Ihre Finanzressourcen sind zwar geringer, aber sie tragen bereits mit relativem Erfolg dazu bei, angepasste Lösungen in Form von Süd-Süd-Kooperationen (SSK) mit Nachbarländern zu entwickeln. Länder dieser Gruppe spielen auch in der Entwicklungsagenda der G20 bereits eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Tatsache ist, dass die G20 derzeit die Plattform ist, auf der sich Entwicklungsländer aufgrund ihrer Flexibilität am stärksten mit Fragen der Entwicklungspolitik engagieren und wohlfühlen. Zusammen mit den G8-Ländern leiteten sie in der Entwicklungsagenda dieser Plattform neun Working Groups. Mit ihrer starken Beteiligung wurden beim Treffen von Kapstadt am 30. Juni 2011 Berichte und Empfehlungen erarbeitet. Dieser Prozess setzt sich im Vorfeld von Cannes fort: Indonesien engagiert sich in der Gruppe „Growth with resilience“ (soziale Sicherheit), Brasilien konzentriert seine Bemühungen in der Gruppe Nahrungssicherheit, Südafrika unterstützt Spanien beim Thema Mobilisierung einheimischer Ressourcen, während Mexiko zusammen mit Südkorea den Austausch von Wissen als Querschnittsthema der G20 unterstützt.

⁵ Indian Prime Minister Manmohan Singh launched a US\$ 5.7 billion regional programme in Africa in late May, while both China and Brazil signed major agreements with the African Development Bank in early June, vgl. Schulz, Nils-Sjard (2011).

Die steigende Bedeutung von Schwellenländern als einflussreiche Akteure der Weltwirtschaft geht zweifellos mit einer neuen Wahrnehmung dieser Länder als externe Partner der staatlichen EZ einher. Allerdings bemühen sich die BRIC, in den gegenwärtigen Prozessen (MDG, Paris Declaration, etc.) eine „low Profile“-Strategie zu zeigen: Das letzte Treffen der BRIC in Hainan, China, beschränkte sich auf die gegenseitige Kooperation zwischen den Ländern dieser Gruppe, ohne die Fragen der Entwicklungspolitik anzugehen. Insbesondere der Prozess um die Paris Declaration und die Bemühungen der traditionellen Geber, die Wirksamkeit der staatlichen EZ zu erhöhen, könnten durch die G20-Dynamik in Mitleidenschaft gezogen werden, falls G20-Länder wie China oder Brasilien auf ihrer ablehnenden Haltung gegenüber diesen Prozess beharren.

EZ-Leistungen von G20-Schwellenländern (Schätzungen für 2008)

Schwellenland	Betrag (Mio. US\$)	% des BNE	% der weltweiten SSK
Saudi-Arabien /3	5.564	1.5/a	40
China /1	1.500 - 2.000	0.06-0.08	14.4
Türkei /3	780	0.11	5.6
Südkorea /3	802	0.09	5.8
Indien /2	568.6	0.05	4.1
Brasilien /1	356	0.04	2.6
Südafrika /1	194	0.07	1.4
Argentinien /1	5 a 10	0.0025-0.0050	0.07

Quelle: Report the Reality of Aid (2010)

/1 ECOSOC, *Background Study for the Development Cooperation Forum: Trends in South-South and triangular development cooperation, 2008* – Table 2.

/2 Indian Ministry of External Affairs *Annual Report 2008-2009* – Appendix VII

/3 – CAD/OCDE, 2009 – Table 33 (*Development Cooperation Report*).

Nicht nur diese beiden Länder legen mit Recht besonderen Wert darauf, dass sie immer noch Entwicklungsländer mit z. T. erheblichen Armutsproblemen sind und – anders als die meisten europäischen OECD-Länder – über keine (neo-) koloniale Vergangenheit verfügen. Sie ordnen „ihre“ Hilfe als Teil der Süd-Süd-Kooperation (SSK) ein (siehe Tabelle).

Die SSK der Schwellenländer konzentriert sich auf die Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung und geht z. T. in Sektoren, die von den OECD-Ländern in der

Vergangenheit vernachlässigt wurden, wie Landwirtschaft und Handelsförderung. Geographisch fließt der Großteil der Kooperation in Nachbarländer. China, Indien, Brasilien und Saudi-Arabien engagieren sich zunehmend über ihren eigenen regionalen Kontext hinaus vor allem in Afrika südlich der Sahara.

Länder wie Brasilien, Mexiko, Indien oder Südafrika sehen ihre EZ als einen Ausdruck ihrer „soft power“. Mit der Ausübung einer „positiven Attraktion“ ergeben sich in der SSK von G20-Schwellenländern ohne Zweifel wichtige Aspekte einer solidarischen Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die bei den OECD-Ländern weitgehend vermisst wird. Nichtsdestotrotz ist auch in den erwähnten Beispielen – in nicht seltenen Fällen – eine ausgeprägten Instrumentalisierung ärmerer Länder für die Durchsetzung eigener Wirtschaftsinteressen zu erkennen: Stimmenfang für einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO (Indien und Brasilien), für die Wahl im Exekutivdirektorium des IWF (Mexiko und Südafrika) oder wie im Fall Brasiliens für die Wahl des FAO-Direktors. Schwellenländer wie China sind zunehmend auf Importe agrarischer und mineralischer Rohstoffe angewiesen und unternehmen alles Erdenkliche, um kostengünstig an diese Ressourcen zu kommen.

Da die Förderung von Infrastrukturinvestitionen stark im Mittelpunkt der Seoul Entwicklungsagenda steht, werden sich sowohl OECD-Länder als auch Schwellenländer mit ihren Firmen daran messen lassen, inwieweit ihre jeweiligen Strategien und Instrumente in Ländern mit niedrigem Einkommen wichtige Impulse für nachhaltige Entwicklung erwirken. Alles deutet darauf hin, dass Infrastrukturinvestitionen in ressourcenreichen Ländern mit niedrigem Einkommen zu einer Intensivierung der extraktiven Rohstoffförderung führen werden. Die Ausweitung von extraktiven Industrien hat jedoch verheerende Folgen für die Lebensbedingungen der Menschen und für die Umwelt. Die LIC haben allerdings zu schwache institutionelle Kapazitäten, um die negativen Folgen dieses Prozesses zu vermeiden.

DAS THEMA ENTWICKLUNGSPOLITIK BEI DER G20



Nach Seoul ist Cannes der zweite Gipfel, welcher sich explizit mit globalen Entwicklungsfragen auseinandersetzt – und somit von besonderem Interesse für SÜDWIND. Der G20-Gipfel von Cannes findet zu einer Zeit statt, in der die globale Finanzkrise immer noch deutliche Nachwirkungen zeigt, von denen insbesondere Europa betroffen ist. Die Erschütterung und Unsicherheit der Finanzmärkte beschränkt sich nicht auf die Finanzwelt in Europa oder die USA allein, sondern wirkt sich massiv auf die reale Wirtschaft, insbesondere den Welthandel (Rohstoff- und Agrarmärkte), und somit auch auf die Entwicklungsländer aus.

Die weltweiten Ungleichgewichte und Entwicklungsgefälle können durch die indirekten Auswirkungen der internationalen Finanzkrise

weiter verschärft werden. Dabei wird deutlich, dass sich viele Länder Afrikas oder Asiens in einer extrem labilen Situation befinden: Berichte über die humanitäre Krise am Horn von Afrika füllen die Zeitungen – und erinnern uns daran, dass Hungerkatastrophen immer noch auf der Tagesordnung stehen. Nach der globalen Nahrungsmittelkrise von 2008, als die Preise der Grundnahrungsmittel innerhalb von wenigen Tagen explodierten, rückt die Frage der Nahrungsmittelsicherheit erneut in den Vordergrund – auch in Cannes.

Währenddessen wurde die Rolle zahlreicher Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten durch die Globalisierung zementiert: Mehr als 70 % der Exporte aus Entwicklungsländern sind Rohstoffe oder Agrarprodukte. Mineralische Rohstoffexporte sind stark prozyklisch, d. h. wachsen die Wirtschaften des Nordens, wächst auch die Nachfrage nach Rohstoffen. Doch nun geht infolge der Rezession die Nachfrage nach den meisten mineralischen Rohstoffprodukten in sämtlichen OECD-Ländern (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zurück, wodurch auch die Einnahmen zahlreicher Entwicklungsländer drastisch sinken. Dies bestätigt, dass viele Länder sich immer noch in einer Abhängigkeit gegenüber den Industriestaaten befinden, und dass es eine Voraussetzung für ihre Entwicklung ist, sich aus dieser Abhängigkeit so weit wie möglich zu befreien.

Für SÜDWIND ist es also ein besonderes Anliegen, die aktuelle Entwicklungsagenda der G20 näher unter die Lupe zu nehmen. Zunächst lassen wir die Seoul Entwicklungsagenda von 2010 Revue passieren. Das Augenmerk liegt dabei auf den

Fragen weltweiter Armut und Ungleichheit sowie auf der Tragweite und den Auswirkungen, die die Beschlüsse der G20 auf diejenigen haben werden, die nicht mit am Tisch sitzen dürfen – die Entwicklungsländer.

Die G20-Entwicklungsagenda

Das Entwicklungsthema hat ohne Zweifel durch die Formulierung eines Entwicklungskonsenses des G20-Forums an Bedeutung gewonnen. Der „Seoul Entwicklungskonsens für gemeinsames Wachstum“ ist zwar kein grundlegender Paradigmenwechsel der internationalen Entwicklungspolitik, drückt aber ein klares Bekenntnis aus, dass das bestehende Entwicklungsgefälle eine reale Gefahr für die Stabilität der Weltwirtschaft darstellt.⁶



Das Treffen der G20 in Seoul im November 2010. Quelle: http://www.economicsummits.info/wp-content/uploads/2010/11/Seoulsummit_officialphoto.jpg

Vier Gründe werden für eine Stärkung der Rolle der Entwicklungsländer und vor allem der Länder mit niedrigem Einkommen (LICs) klar und deutlich aufgeführt. *Erstens* soll Wohlstand gemeinsam genutzt werden, um von Dauer zu sein; *zweitens* hat die Krise die Ärmeren überproportional getroffen: laut Experten sollen bis Ende 2010 zusätzlich 64 Mio. Menschen durch die Krise in extreme Armut verfallen sein (G20, 2010b, S.1). Als *dritter Grund* wird die Rolle der G20 als wichtigstes internationales Wirtschaftsforum in der globalen Armutsbekämpfung genannt und *viertens* sei es auch im wirtschaftlichen Interesse der G20-Staaten, Entwicklungsländern zum wirtschaftlichen Aufschwung zu verhelfen, als neue Märkte für Produkte und Investitionen. Folglich lautet das allumfassende Ziel des Seoul-

⁶ Für das Dokument (engl. oder deutsch), siehe: <http://www.kooperation-international.de/countries/energie/info/detail/data/53766/>

Konsens: „strong, sustainable and balanced growth“ – robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum (ebd.).

Ein Aktionsplan für Entwicklung

Um dieses Ziel zu erreichen, stellten die G20 einen „Mehrjährigen Aktionsplan zur Entwicklung“ auf, der auf sechs Prinzipien basiert.⁷ Zudem hat die koreanische Regierung in enger Kooperation mit einigen LIC-Partnern neun Handlungsfelder identifiziert, welche die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer reflektieren sollen (siehe Kasten unten).

Die 6 Prinzipien des Seoul Konsens:

1. Konzentration auf Wirtschaftswachstum
2. Partnerschaft für globale Entwicklung
3. Globale oder regionale systemische Fragen
4. Beteiligung des Privatsektors
5. Komplementarität
6. Ergebnisorientierung

Die 9 Handlungsfelder des Aktionsplans:

1. Infrastruktur
2. private Investitionen und Arbeitsbeschaffung
3. Entwicklung menschlicher Ressourcen
4. Handel
5. Finanzielle Teilhabe
6. Wachstum
7. Nahrungsmittelsicherheit
8. Mobilisierung einheimischer Ressourcen und
9. Wissenstransfer

Quelle: Seoul Development Consensus, Annex I

Die sechs Prinzipien geben zum einen vor, dass Entwicklungs-länder als „gleichberechtigte Partner“ angesehen und Strategien in „Partnerschaft“ mit den betroffenen Ländern gestaltet werden sollen (Punkt 2). Außerdem soll regionale Integration und Kooperation, v.a. Süd-Süd- und Dreiecks-kooperationen des Schemas Süd-Nord-Süd, gefördert werden (Punkt 3). Es entsteht also der Eindruck, dass Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer auf einer Ebene in einen Dialog treten und gemeinsam Lösungen erarbeiten sollen. Die erarbeiteten Strategien sollen sich dabei gegenseitig ergänzen (Punkt 5) und auf konkrete Ergebnisse abzielen (Punkt 6).

Gleichzeitig fällt auf, dass „Wachstum“ bei den sechs Prinzipien an erster Stelle steht. Zudem wird dem Privatsektor eine bedeutende Rolle eingeräumt (Punkt 4). Auch in der detaillierten Darlegung der neun Handlungsfelder lässt sich ein klarer Fokus auf Wachstum und (Privat-) Investitionen erkennen. So sind in fast allen Bereichen, vor allem Infrastruktur und Arbeitsbeschaffung, Investitionen und die Schaffung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen vorgesehen, um Produktivität und damit Wachstum zu fördern. Des Weiteren lautet das Mantra eine freie, nicht-protektionistische Handelspolitik und liberalisierende Strukturreformen.

⁷ Für das Dokument (auf engl.), siehe: http://www.g20.org/Documents2010/11/seoulsummit_annexes.pdf

Allgemeine Kritik am Seoul Konsens

Der Seoul Konsens hat mit seinem Aktionsplan wichtige Aspekte formuliert, um eine Entwicklungsagenda mit der Überwindung von globalen Ungleichgewichten zwischen Defizit- und Überschussländern zu verbinden. Das unterscheidet ihn vom Washingtoner Konsens.⁸ Seoul kann allerdings nur als ein kleiner Schritt in die richtige Richtung verstanden werden. Sowohl die fünf Prinzipien als auch die neun Handlungsfelder lassen wesentliche Fragen einer nachhaltigen Entwicklung offen, so z. B. Umwelt, partizipative Demokratie, Menschenrechte und Gendergerechtigkeit. Dies steht im Kontrast zur bisherigen Strategie der G7⁹, welche mit Hilfe eines „Demonstrationseffektes“ ihre eigene entwicklungspolitische Vorstellung von Demokratie und Marktwirtschaft auf Entwicklungsländer zu übertragen versucht haben.

Hier wird bereits deutlich, dass die Teilnahme von Ländern wie China und Indien einen bedeutenden Einfluss auf die G20-Entwicklungsagenda hat. Bislang haben sich diese Länder als Wortführer der Entwicklungsländer verstanden. Auch der ursprüngliche Ansatz der G20 ist, die Interessen des „globalen Südens“ verstärkt zu repräsentieren. Jedoch lässt der Seoul Konsens und seine Betonung auf Wirtschaftswachstum und Privatinvestitionen annehmen, dass auch Schwellenländer mit der Entwicklungsagenda ihre eigenen Interessen verfolgen. Da sie untereinander im angeheizten Konkurrenzkampf um die Vormachtstellung auf der globalen Wirtschaftsplattform stehen, führt dies auch zu einem Wettbewerb um Investitionen und Rohstoffe. Insbesondere, weil sie mittlerweile von den Entwicklungsländern als Rohstoff- und Agrarlieferanten abhängen, ist anzunehmen, dass sie diese asymmetrische Rollenverteilung so schnell nicht aufgeben wollen.

Die Schwellenländer nutzen den Diskurs über starkes globales Wachstum also, um eigene Vorstellungen von „Entwicklung“ voranzutreiben. Vor allem China besteht mittlerweile darauf, eigene Ansichten über Menschenrechte und Demokratie umzusetzen, die zum Teil den Vorstellungen westlicher Industrieländern zuwiderlaufen. Somit lässt ihre Mitgliedschaft in der G20 die Schwellenländer in einem neuen Licht erscheinen: Als erfolgreiche Wirtschaftsnationen, von denen nun auch Solidarität und entwicklungspolitisches Engagement erwartet wird. Nur wenn sie diese Verantwortung frühzeitig erkennen, werden Länder mit niedrigen Einkommen eine Chance haben, aus der neuen Vielschichtigkeit der internationalen Entwicklungspolitik Kapital zu schlagen. Nicht, was die Vereinbarungen von internationalen Dokumenten für die Öffentlichkeit vorgeben, sondern was die reale Politik macht, wird entscheidend dafür sein, ob die hier erwähnten Schwerpunkte sich positiv auf die Lage der Länder mit niedrigen Einkommen auswirken. Die Frage

⁸ Mit dem Washingtoner Konsens sind die neoliberalen Strategien (Wirtschaftsliberalisierung, Deregulierung, Privatisierung) gemeint, welche den Schuldnerstaaten insbesondere während der 80er Jahre von IWF und Weltbank auferlegt wurden.

⁹ Zu den G7 gehören Deutschland, Frankreich, USA, Japan, Vereinigtes Königreich, Italien und Kanada. Seit der Mitgliedschaft Russlands (1998) bilden sie die „G8“.

ist, ob diese Schwerpunktsetzung einen wichtigen Beitrag leisten wird, um globale Entwicklungspolitik als Stabilitätsfaktor mit neuen Qualitäten zu entwickeln.

Tatsächlich wird es für Schwellenländer schwieriger sein, den eigenen Entwicklungsweg auf Afrika oder Lateinamerika zu übertragen. Die zunehmende Liberalisierung der Märkte und Anziehung von ausländischem Kapital mag in China funktioniert haben (mit all seinen politischen und gesellschaftlichen Nebenwirkungen). Der ähnliche Weg scheint dagegen z.B. in den meisten afrikanischen Ländern zu keinen erheblichen Verbesserungen zu führen, sondern neue Abhängigkeiten hervorzubringen bzw. bereits bestehende zu verstärken. Warum in der G20-Strategie dennoch am neoliberalen Ansatz von „mehr Liberalisierung, mehr Investitionen, mehr globaler Handel“ als Einheitsrezept festgehalten wird, ist unklar. Nicht alles lässt sich auf eine einfache Wachstumsformel reduzieren – denn Entwicklung ist viel komplexer als Wachstum.

Auf internationaler Ebene bleiben für Länder mit niedrigen Einkommen daher einige relevante Fragen unbeantwortet: Handelspräferenzen sollten die Interessen von armen Ländern ausreichend berücksichtigen und vor allem die Förderung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) für die nächsten vier Jahre sollte von der G20 etwas konkreter dargestellt werden. Die Einbeziehung von Schwellenländern ist zwar ein großer Fortschritt. Sie beantwortet aber nicht die Frage, wie das globale Entwicklungsgefälle und die damit verbundenen Ungleichgewichte überwunden werden können.

Wie nachhaltig die Logik hinter dem Seoul Konsens sich international durchsetzen wird, hängt nicht nur von der Bedeutung ab, die das Gremium G20 als die zentrale Struktur der Global Governance erhalten wird, sondern auch von der weiteren Differenzierung innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer. Unterschiedliche regionale Entwicklungsperspektiven, interne Governancestrukturen, Ausstattung mit natürlichen Ressourcen usw. sind nur einige der Faktoren, die das entwicklungspolitische Engagement der G20 sehr stark auf die Probe stellen werden.

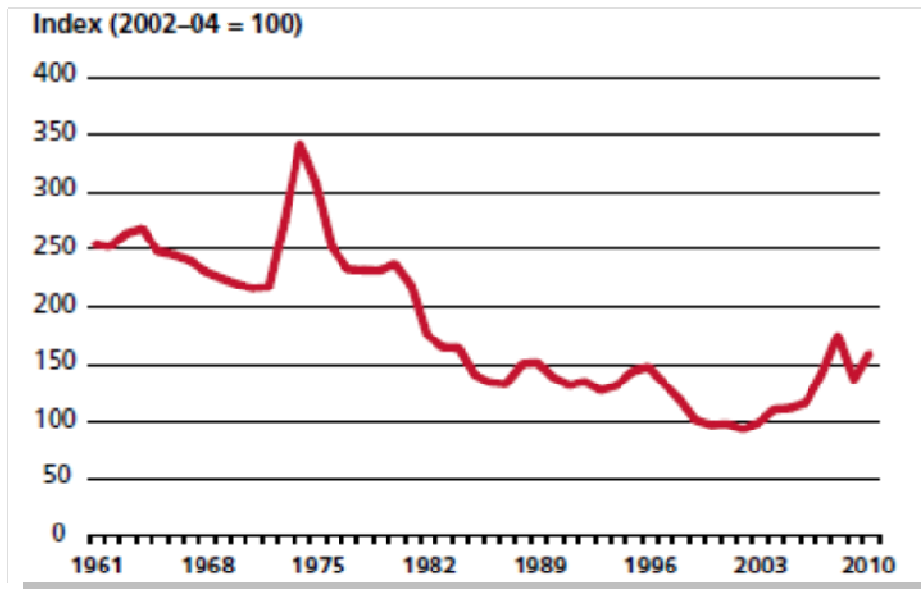
NEUE THEMEN FÜR CANNES

Nahrungsmittelkrise

Ein Hauptpunkt auf der Agenda von Cannes ist die Frage der Nahrungsmittelsicherheit und der Instabilität von Nahrungsmittelpreisen auf dem Weltmarkt. Man denke nur zurück an die Lebensmittelkrise von 2007/08, als der explodierende Preisanstieg von Grundnahrungsmitteln zu gewaltsamen Protesten in 30 (Entwicklungs-) Ländern geführt hat (vgl. The Guardian, 2011). Auch während der letzten Monate sind die Preise für Nahrungsmittel erneut rasant gestiegen. Dieses und letztes Jahr protestierten Menschen – wenn auch weniger im Licht der

globalen Öffentlichkeit – weil sie von ihrem Einkommen nicht einmal sich selbst, geschweige denn ihre Familien ernähren konnten.

Grafik 1: FAO Nahrungsmittelpreisindex 1961-2010 (inflationbereinigt)¹⁰

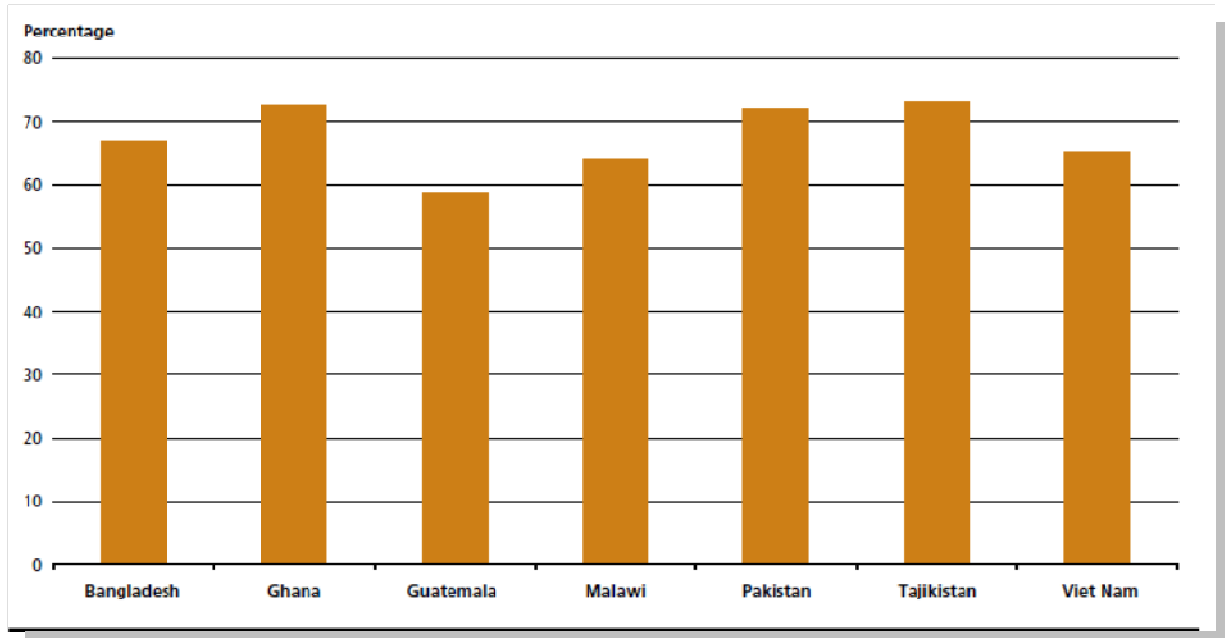


Quelle: FAO (2011). The State of Food Insecurity in the World, S.11.

Die Hauptproblematik besteht dabei nicht vorrangig im Preisanstieg in absoluten Zahlen, sondern in den extremen Preisschwankungen (Preisvolatilität) innerhalb kürzester Zeit während der letzten Jahre. Wie die obige Grafik 1 zeigt, hat sich die internationale Gemeinschaft seit der Preisexplosion der Ölkrise von 1973 an einen stetig sinkenden Preis der Hauptgrundnahrungsmittel gewöhnt. Doch seit 2008 ist dieser von einem erneuten explosiven Anstieg, gefolgt von einem Auf und Ab, gekennzeichnet. Das hat zur Folge, dass insbesondere Bauern in Entwicklungsländern, die oft vom Export ihrer Erträge abhängen, mit einer konstanten existenziellen Unsicherheit leben müssen. Zudem geben insbesondere die Ärmsten der Armen einen erheblichen Anteil ihres Einkommens für Nahrung aus – weshalb sie von Preisschwankungen besonders intensiv betroffen sind (siehe Grafik 2).

¹⁰ Der FAO Nahrungsmittelpreisindex ergibt sich aus den durchschnittlichen internationalen Grundnahrungsmittelpreisen von Getreide, Ölsaaten, Fleisch, Milch- und Zuckerprodukten.

Grafik 2: Anteil des Haushaltseinkommens, das vom untersten Fünftel der Landesbevölkerung für Nahrung ausgegeben wird (in %):



Quelle: FAO (2011). *The State of Food Insecurity in the World*, S.14.

Die Gründe für Preisschwankungen sind zum einen strukturell bedingt. Durch die unterschiedlichen Fruchtbarkeitsperioden und Wetterverhältnisse ist die Landwirtschaft "von Natur aus" gewissen Ertragsschwankungen ausgeliefert. Zweitens ist die Elastizität der Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln sehr gering, d.h. Menschen sind auch bei mangelndem Angebot auf sie angewiesen. Drittens kommt bei steigender Nachfrage durch die lange Produktionsschleife in der Landwirtschaft das Angebot nur sehr langsam hinterher. Durch die entstehende Verzögerung in der Ankurbelung des Angebotes kann es sogar zu zusätzlichen Fluktuationen kommen (vgl. FAO et al., 2011).

Dennoch sind die Preisentwicklungen der letzten Jahre insbesondere auf neuere Entwicklungen und z.T. beeinflussbare Faktoren zurückzuführen. Als Hauptgründe für Anstieg und Volatilität von Nahrungsmittelpreisen nennen FAO et al. (2011) das weltweit drastische Bevölkerungswachstum, die steigende Nachfrage der aufstrebenden Wirtschaftsnationen Indien und China nach Fleisch und anderen verarbeiteten Produkten sowie den klimabedingten Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität. Eine weitere Rolle spielen der schwankende Ölpreis und die damit verbundene steigende Nachfrage nach Biotreibstoffen, vor allem in Industriestaaten. Außerdem bedeutet ein an Wert verlierender US-Dollar, dass der Preis von in Dollar gehandelten Waren auf dem Weltmarkt steigt.

Doch auch politische Eingriffe wie Exportrestriktionen und das Horten von Lebensmitteln bei geringen nationalen Reserven treiben den Preis von Grundnahrungsmitteln in die Höhe. Letztlich sind Erwartungen über zukünftige Preisentwicklungen und die damit verbundenen Spekulationen an den Börsen für Preisschwankungen verantwortlich (insbesondere OTC-Geschäfte¹¹). So haben Unsicherheit und pessimistische Erwartungen über die bestehenden Nahrungsmittelreserven zu kurzzeitigen Preisanstiegen in den letzten Jahren geführt. Auch wenn Uneinigkeit über den Einfluss von Spekulation auf offizieller Ebene besteht, so ist klar, dass Spekulanten einen erheblichen Einfluss auf die Preisvolatilität von Grundnahrungsmitteln ausüben (ebd.).

Der G20-Aktionsplan zur Nahrungspreisvolatilität und Landwirtschaft

Also trafen sich im Juni diesen Jahres zum ersten Mal in der internationalen Gipfelgeschichte die Agrarminister der G20-Staaten, um mögliche Wege aus der globalen Nahrungsmittelkrise zu diskutieren. In dem G20-„Aktionsplan zur Nahrungspreisvolatilität und Landwirtschaft“ wurden zukünftige Handlungsstrategien aufs Papier gebracht.¹² Darunter finden sich Vorschläge zur Steigerung der Agrarproduktivität durch höhere Investitionen und Forschung sowie zu einer größeren Transparenz auf den Agrarrohstoff- und Finanzmärkten. Außerdem sollen die Gründe für Preisvolatilität auf den Agrarmärkten noch gründlicher erforscht werden (vgl. G20, 2011a).

Mehr Investitionen sollen durch multilaterale Entwicklungsbanken wie der Weltbank (z.B. durch das bereits in Pittsburgh beschlossene *Global Agriculture and Food Security Program*), aber insbesondere durch den privaten Sektor erzielt werden. Eine größere Transparenz soll durch ein frühes Warnsystem für Lebensmittelpreise – das sog. „Landwirtschaftliche Marktinformationssystem“ (*Amis – Agricultural Market Information System*) – erzielt werden, welches Informationen zu Angebot, Nachfrage und Vorräten von Grundnahrungsmitteln sammelt. Als Teil des Komitees für Nahrungssicherheit der FAO soll es verhindern, dass Informationsmangel zu Unsicherheit und Panik auf den Märkten führt, welche als erhebliche Preisschwankungen zum Ausdruck kommen (ebd.).

¹¹ OTC-Geschäfte („over the counter“) sind außerbörslich gehandelte Geschäfte mit Derivaten. Ein OTC-Derivat ist also ein Derivat, das nicht an einer Börse gehandelt wird, sondern privaten Verhandlungen zwischen zwei Parteien unterliegt. OTC-Geschäfte befinden sich somit unter geringer Aufsicht und Kontrolle – was u.a. zur weltweiten Finanzkrise geführt hat.

¹² Für das Dokument (auf engl.), siehe: http://agriculture.gouv.fr/IMG/pdf/2011-06-23_-_Action_Plan_-_VFinale.pdf



Auf dem Markt im Norden Malis (Foto: Pedro Morazán, SÜDWIND)

Die Anerkennung des Einflusses der Finanzmärkte auf Nahrungsmittelpreise durch die G20-Agrarminister ist ein wichtiger Schritt. Tatsächlich sind sich die wichtigsten internationalen Organisationen im Nahrungsmittelbereich (vgl. FAO et al., 2011) mittlerweile einig, dass Spekulationen auf den Agrarrohstoff- und Finanzmärkten in den letzten Jahren erheblich zu schwankenden und verzerrten Nahrungsmittelpreisen beigetragen haben. Ausschlaggebend war dabei die Deregulierung der Finanzmärkte, die es Banken ermöglichte, neue Produkte zu erfinden und auf den Markt zu bringen, welche den Investoren Investitionen in Rohstoffe schmackhaft machten. Aus diesem Grund sind Rohstoffmärkte – und damit auch Agrarmärkte – immer enger mit Finanzmärkten verzahnt und von ihnen abhängig. Wenn diese Abhängigkeit also bekämpft werden soll, ist eine höhere Transparenz auf den Märkten zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung. Allerdings konnten die Hauptbeteiligten am Agrarmarkt – große Agrarkonglomerate wie z.B. Cargill – nur dazu „ermutigt“ werden, ihre Preise zu veröffentlichen. Dies ist ein deutlicher Widerspruch, da es nicht gerade in Cargills wirtschaftlichem Interesse sein wird, diese Informationen preiszugeben.

Das Informationssystem, basierend auf privatem freiem Willen, geht also nicht weit genug, um Preisvolatilität auf den Agrarmärkten zu bündeln. Um einiges sinnvoller wäre – wie bereits von einigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) gefordert – eine Re-regulierung der Finanzmärkte. Im Einzelnen müsste der Terminhandel mit Rohstoffen eingedämmt werden, z.B. durch ein Preis- und Positionslimit (wie bereits von Bundesverbraucherministerin Aigner gefordert).

Ein zweiter Kritikpunkt der bisherigen G20-Agenda zur Bekämpfung von Nahrungsmittelunsicherheit ist der (erneute) Fokus auf Wachstums- bzw. Produktivitätssteigerung durch multilaterale und private Investitionen. Tatsächlich sind mangelnde Investitionen in die Nahrungsmittelproduktion ein wesentlicher Grund für Nahrungsmittelengpässe in Entwicklungsländern. Dennoch ist zu bezweifeln, dass Privatinvestoren ausschließlich im Sinne der globalen Entwicklung handeln. Letztere investieren zumeist in große Agrarholdings anstatt Kleinbauern zu fördern, die kaum gewinnbringend sind. Jedoch sind es gerade die 1,3 Mrd. Kleinbauern in Entwicklungsländern, die einen einfacheren Zugang zu Kreditfinanzierung und Technologie benötigen – dies gilt in besonderem Maße für Kleinbäuerinnen. Hier werden also spezifischere, gezieltere Investitionsprogramme benötigt, die Anreize und Möglichkeiten für Kleinbauern schaffen, sich und ihre Umgebung nachhaltig zu versorgen.

Ein weiterer Kritikpunkt gilt dem von den Agrarministern ebenfalls verabschiedeten Aktionsplan für Biotreibstoffe. Auch wenn der Name einiges verspricht, beinhaltet dieser Plan keine konkrete Verpflichtung zur Reduzierung der Biotreibstoffproduktion. Dabei ist die Verbindung zwischen der Konvertierung von Nahrungsmitteln zu Sprit und einem steigenden Nahrungsmittelpreis unbestreitbar: Ein Weltbankreport von 2008 besagt, dass das Interesse der EU- und US-Regierungen am „grüneren“ Benzin die Preise bis zu 75 % in die Höhe getrieben hat (Weltbank, 2008). Die üblich genannten Gründe wie die steigende Essens- (insbesondere Fleisch-) Nachfrage in China und Indien fielen im Vergleich zur Nachfrage nach Biosprit kaum ins Gewicht.

Somit erscheint eine Verpflichtung zur Reduktion der Biotreibstoffproduktion und des Exports - z.B. durch die Abschaffung wettbewerbsverzerrender Subventionen - als das Mindeste, was G20-Mitglieder gegen steigende Nahrungsmittelpreise tun können. Es stellten sich beim Gipfel der 20 wichtigsten Agrarminister jedoch zwei besonders wichtige unter ihnen quer: Die USA (die derzeit 40 % ihrer Nutzpflanzenproduktion für den Tank verwenden, um sich geopolitisch aus der Abhängigkeit vom arabischen Öl zu befreien) und Brasilien, welches sein rasantes Wirtschaftswachstum auch dem Export von Agrartreibstoff zu verdanken hat (vgl. The Guardian, 2011). Hierbei wird deutlich, dass es den G20 mit der Nahrungssicherheit in den Entwicklungsländern auf einmal nicht mehr so ernst ist, wenn nationale Interessen gleichzeitig geschwächt werden. Des Weiteren zeigt sich,

dass ein Nord-gegen-Süd-Denken nicht mehr aktuell ist, da auch ein Schwellenland wie Brasilien gegen das Interesse der Armen handeln kann.

Neben den genannten Gründen für extreme Preisschwankungen im Nahrungsmittelbereich wie Spekulationen auf den Finanzmärkten, dem mangelnden Zugang von Kleinbauern zu Investitionen und der Konvertierung von Nahrung zu Spirit wurde ein bedeutender Faktor von den G20 anscheinend vergessen: Der Klimawandel. Aktuellste Berechnungen von Klimaforschern haben ergeben, dass extreme klimatische Ereignisse infolge des Klimawandels die Nahrungsmittelpreise in den vergangenen Jahren um 20 % haben ansteigen lassen (vgl. The Guardian, 2011). Doch die G20 erwähnen diesen Zusammenhang lediglich mit Verweis auf die UN-Konvention zum Klimawandel. Dessen letzte Version kann allerdings – infolge der gescheiterten Klimaverhandlungen in Kopenhagen – als nicht gerade tiefgreifend angesehen werden. Somit ist auch die Verpflichtung der G20 zu mehr Nahrungsmittelsicherheit durch Eindämmung des Klimawandels eher minimal als durchschlagend.

Fazit: Vor diesem Hintergrund erscheinen die angekündigten Maßnahmen eher auf Symptome ausgerichtet, ohne die strukturellen Ursachen von Preisinstabilitäten anzugehen. So verdeckt die Betonung auf erhöhte landwirtschaftliche Produktivität und Produktion die eigentliche strukturelle Ungleichheit zwischen allen dominierenden Agrarkonglomeraten und Kleinbauern, denen somit der Zugang zu Märkten und Ressourcen verweigert wird. Zwar kann ein Marktinformationssystem zu mehr Transparenz auf den Agrar- und Rohstoffmärkten führen – das eigentliche Problem der Spekulation bekämpft es jedoch nicht. Hier sind insbesondere Finanzminister aufgefordert, durch eine grundlegend verstärkte Regulierung der Finanzmärkte Flagge gegen Spekulanten zu zeigen, insbesondere des Handels mit OTC-Derivaten. Das G20-Finanzministertreffen in Paris hat dieses Thema allerdings nicht ernsthaft genug behandelt.

ALLGEMEINE KRITIK DER G20-AGENDA

Verteilungsfragen werden kaum thematisiert

Erstaunlicherweise gibt es in den zentralen Dokumenten der G20 keine explizite Aussage über Verteilungsfragen und über die zunehmende Einkommenspolarisierung sowohl weltweit als auch innerhalb nationaler Grenzen (siehe Kasten 1). Die Staats- und Regierungschefs der G20 erkennen zwar die Bedeutung an, die die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der soziale Schutz für den Wirtschaftsaufschwung haben. Allerdings stellen sie keinen Zusammenhang her zwischen den Millionen von Menschen, die weltweit unter prekären Arbeitsbedingungen beschäftigt sind bzw. in der Arbeitslosigkeit leben und der starken Machtkonzentration von multinationalen Unternehmen, sowie der internationalen und nationalen Einkommenspolarisierung. Dabei lag der Ursprung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in einer ungeheuren Umverteilung von

unten nach oben und in dem ständigen Zuwachs der Renditen des Finanzkapitals auf Kosten der Lohnarbeit weltweit. Diese Tatsache wird weitgehend ausgeblendet.

Kasten 1: Steigende globale Ungleichheit

Der bekannte US-Wirtschaftsökonom Joseph Stiglitz prangert die Radikalisierung der globalen Ungleichheit an, während Sam Pizzagatti anführt, dass 2010 ein Rekordverdienstjahr für die 400 reichsten US-Amerikaner war. Somit sind nicht alle in gleichem Maße von der Krise betroffen. Obwohl die Mehrheit unter ihren Konsequenzen wie Arbeitslosigkeit und Elend leidet, sind es gerade die Verantwortlichen für der Krise - die die Spekulationsblasen verursacht haben - die nun am meisten von ihr profitieren.

Letzte Berichte kommen zu dem Schluss, dass die Zahl der Vermögenden anfängt, in die Höhe zu schnellen. Prognosen zufolge wird sich die Zahl der Millionäre bis 2020 praktisch verdoppelt haben. Nach Daten von Boston Consulting ist allein im letzten Jahr die Zahl der Millionärshaushalte um 12 % bis auf 12,5 Mio. gestiegen. Die Unternehmensberatung führt aus, dass sich 40 % des globalen Reichtums in den Händen von 1 % der Weltbevölkerung befinden. Dies zeigt, dass die Schere zwischen Arm und Reich durch die Krise weiter auseinander geht und dabei droht, die Mittelklasse auszulöschen und zwei soziale Pole zu schaffen, die sich im offenen Konflikt einander gegenüber stehen.

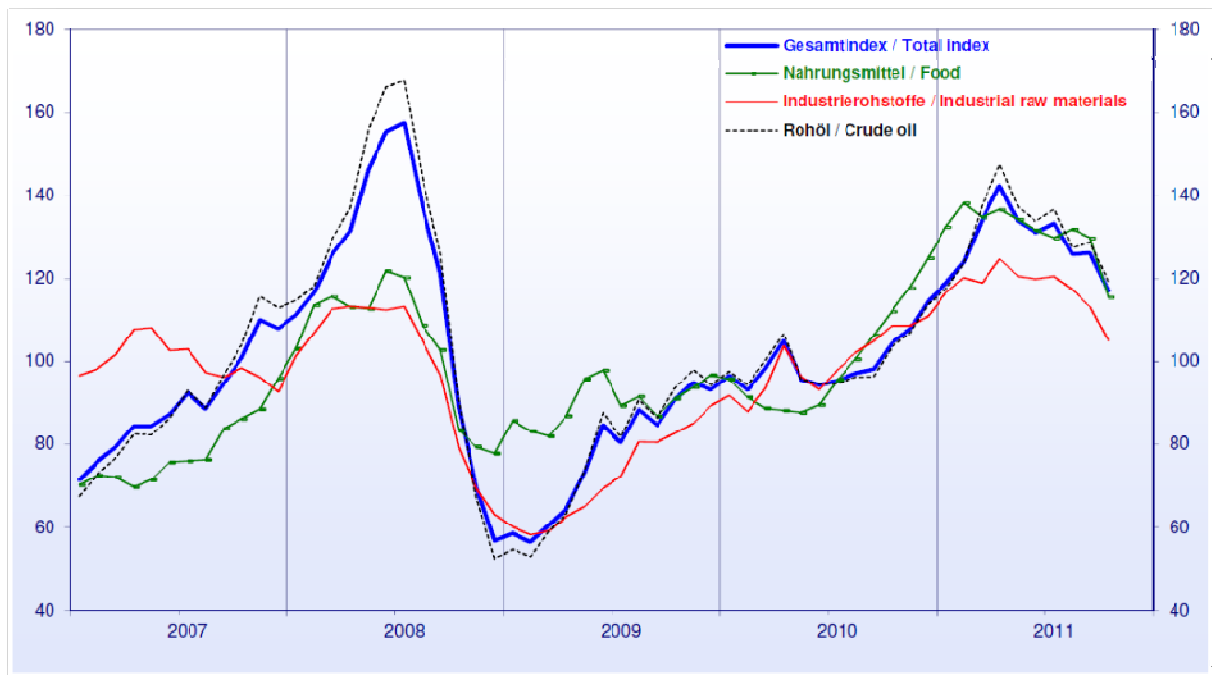
Quelle: Stiglitz, J. E. (2011). *Of the 1%, by the 1%, for the 1%*. URL: <http://www.vanityfair.com/society/features/2011/05/top-one-percent-201105?currentPage=1> (eigene Übersetzung)

Der G20-Analyse der Weltwirtschaft liegt eher die Logik des „Trickle-Down“-Effektes zu Grunde, die das (robuste, nachhaltige und ausgewogene) Wirtschaftswachstum als die Lösung aller Probleme begreift. Laut der Logik dieses Ansatzes können Entwicklungsländer ihre Verteilungsfragen auf nationaler Ebene lösen, ohne zusätzliche Anstrengungen in der primären (z.B. Mindestlöhne) und der sekundären Verteilung (z.B. progressive Steuersysteme) zu unternehmen und ohne dass sich auf internationaler Ebene strukturell etwas ändert. Es reicht, wenn sie sich auf die im Konsens bereits erwähnten Aktionsfelder konzentrieren.

Die Entwicklung vor und unmittelbar nach der Krise hat allerdings gezeigt, dass nicht alle Länder in der Lage sind, mit gleichem Erfolg auf diese Handlungsfelder einzugehen. Gerade dort, wo es infolge der Krise unmöglich war, durch antizyklische Politiken und Fiskaldisziplin ein makroökonomisches Gleichgewicht herzustellen, sind Armut und Ungleichheit (wieder) angestiegen. Zwar haben sich insbesondere Schwellenländer wie China oder Indien, die als Motor für die Überwindung der weltweiten Krise agierten, als starke Märkte für Rohstoffe und Agrarprodukte erwiesen: Mehr als 70 % der Exporte aus Entwicklungsländern sind Rohstoffe oder

Agrarprodukte. Bei Ausbruch der Finanzkrise sind die Exportpreise jedoch abrupt gefallen: Ölpreise um mehr als 70 %, metallische Rohstoffe um mehr als 50% und Nahrungsmittel um mehr als 35 % (vgl. IWF, 2009). Insgesamt sank der Index für Industrierohstoffe von 270 auf 150 Punkte (siehe Grafik 3). Der Export von Rohstoffen und Agrarprodukten sichert in den Entwicklungsländern also nicht unbedingt (robustes, nachhaltiges und ausgewogenes) Wachstum.

Grafik 3: HWWI-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe (US-\$-Basis)



Quelle: HWWI, http://hwwi-rohindex.de/typo3_upload/groups/32/hwwa_downloads/Rohstoffindex-dia.xls.pdf

Die makroökonomische Erklärung für sinkende Rohstoffpreise infolge der Krise ist folgende: Rohstoffexporte sind stark prozyklisch, d. h. wachsen die Volkswirtschaften von Industrie- und Entwicklungsländern, wächst auch die Nachfrage nach Rohstoffen. Doch wenn infolge der Rezession die Nachfrage nach den meisten Rohstoffprodukten in sämtlichen G20-Ländern zurückgeht, bleiben die Rohstofflieferanten auf ihren Rohstoffen sitzen und werden dadurch auch Opfer von Rezession und Auslandsverschuldung. Mehr als 30 LICs, die von Primärgüterexporten abhängig sind, erleben seit 2008 dramatische Refinanzierungsprobleme. Hier zeigt sich, dass die starke Handelsliberalisierung, der diese Länder im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) unterworfen wurden, zusammen mit der rabiaten Liberalisierung ihrer Kapitalbilanz durch den Washingtoner Konsens, zu einer Verschlechterung ihrer Austauschverhältnisse geführt hat. Beides zusammen hat dazu beigetragen, dass Reichtum und

Einkommen sich immer mehr in den Zentren des globalen Kapitalismus konzentriert haben, während Entwicklungsländer zu Rohstofflieferanten degradiert wurden.

Armutsbekämpfung und LICs als vergessene Verpflichtung?

In einer gemeinsamen Erklärung erkennen die Staats- und Regierungschefs der G20 an, dass der Seoul Konsens die bereits eingegangenen Verpflichtungen der MDGs nicht ersetzt, sondern ergänzt (siehe Erklärung der Staats- und Regierungschefs, 2010). In dem mehrjährigen Aktionsplan für Entwicklung ist das Thema unmittelbarer Armutsbekämpfung allerdings nur bei wenigen Ländern (Mexico, Indonesien) durch konkrete Maßnahmen dargestellt worden. Eine internationale Verpflichtung zur Erreichung des 0,7 % - Ziels des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) wurde lediglich von der EU und Spanien explizit formuliert. Südkorea ist der einzige Neuling, der sich ein ehrgeiziges Ziel von 0,25 % vorgenommen hat.¹³ Die Millenniumsentwicklungsziele erscheinen somit eher als vergessene Verpflichtung, anstatt als ernstgenommene und konkrete Politik.

Inwieweit das neue, umfassendere Verständnis einer Entwicklungsstrategie, die Handel, Investitionen und Wachstum in den Mittelpunkt stellt, eine qualitative Verbesserung bisheriger Armutsbekämpfungsstrategien darstellt, wird sich erst mit der Zeit herausstellen. Die bescheidenen Ergebnisse bei der Erreichung der MDGs und die klägliche Bilanz der reichen Industrieländer bei der Entwicklungsfinanzierung sind jedenfalls Grund genug, das Thema Armutsbekämpfung auf der entwicklungspolitischen Agenda auf eine breitere Basis zu stellen. Allerdings werden „Begrüßungen“ und gegenseitiges Schulterklopfen auch bei der G20 nicht ausreichen, um die Armutsbekämpfungsstrategien erfolgreicher zu gestalten als bisher. Die starken Schwankungen in der Nahrungsmittelproduktion sind nur ein Beispiel dafür, wie groß die Herausforderungen der G20 im Bereich Armutsbekämpfung sind.

Die G20 ist daher gut beraten, offen über einen Stufenplan zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zu diskutieren. Im Zuge der Nahrungsmittelkrise ist die Zahl der Hungernden im Jahr 2008 vorübergehend auf über eine Milliarde Menschen weltweit angestiegen. Die Weltwirtschaftskrise hat zusätzlich Millionen von Menschen in Entwicklungsländern in die Armut zurückgeworfen. Auch wenn diese Trends in der Nachfolge der Krise wieder rückläufig sind, bedeutet dies doch einen erheblichen Rückschlag für das Erreichen der MDGs. Auch in naher Zukunft wird es eine große Herausforderung sein, die Ziele bis 2015 zu erfüllen, da die gleichzeitigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Nahrungsmittelkrise und des Klimawandels die Finanzierung für die MDGs zusätzlich gefährden (vgl. VENRO, 2011).

¹³ Siehe G20 (2010a). *Multi-Year Action Plan on Development*.

Wann ist Wirtschaftswachstum ausgewogen?

Die G20-Entwicklungsagenda setzt sich ein „starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ als Hauptziel. Jedoch lässt sich insbesondere an der Ernsthaftigkeit der G20, „ausgewogenes“ Wachstum zu schaffen, zweifeln. Wie bereits erwähnt, scheinen die angedachten Strategien eher vom neoliberalen Ansatz

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen (UN) für 2015:

1. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger.
2. Primärschulbildung für alle.
3. Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen.
4. Senkung der Kindersterblichkeit.
5. Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Mütter.
6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten.
7. Ökologische Nachhaltigkeit.
8. Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.

Quelle: UN-Kampagne (o.J.). Die Millenniumsentwicklungsziele. URL: <http://www.un-kampagne.de/index.php?id=90>

des „trickle-down“-Effektes geprägt. Eine liberalisierte Wirtschaft, die Privatinvestitionen und freien Handel fördert, soll dabei Wirtschaftswachstum und Wohlstand schaffen, welcher in einem magischen Automatismus letztendlich auch den Armen zugute kommt. Zwar muss – im Einklang mit dem Wirtschaftswissenschaftler Kuznets – eine Gesellschaft bei steigendem Wirtschaftswachstum zunächst durch eine Phase der ansteigenden Ungleichheit gehen – doch letztendlich profitieren alle vom Wachstum und die Ungleichheit nimmt ab.¹⁴

Ausgewogenheit hört sich anders an.

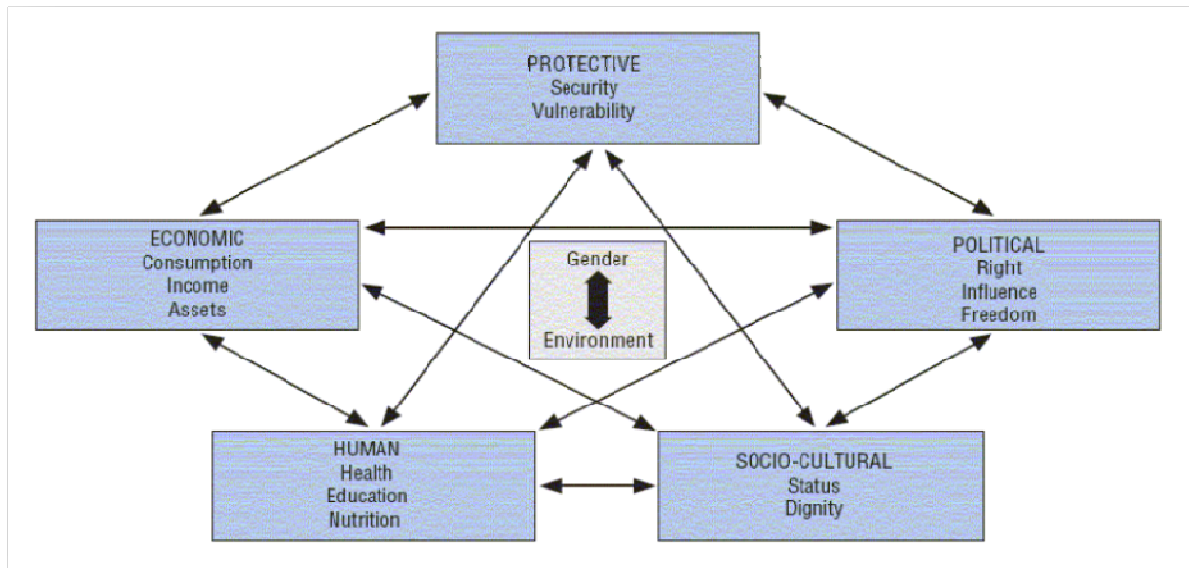
Unterschiedliche Erfahrungen in Afrika und Lateinamerika haben zudem die universelle Anwendbarkeit dieses Ansatzes widerlegt. Die OECD-Staaten haben sich daher auf einen anderen Begriff geeinigt – dem des „pro-poor growth“ (breitenwirksames oder armutsorientiertes Wachstum), welcher die entwicklungspolitischen Strategien der Industrieländer der letzten zehn Jahre bedeutend geprägt hat.¹⁵ Im Kern stellt pro-poor growth einen direkten Kausalzusammenhang zwischen Wachstum, Armutsreduktion und Umverteilung (bzw. Ungleichheit) her. Dabei beruht es auf einer mehrdimensionalen Vorstellung von Armut, welche Armut nicht nur mit fehlendem Einkommen, sondern auch mit einem Mangel an Sicherheit, politischer Partizipation und Freiheit, sozio-kulturellem Status und Würde sowie einem Mangel an Bildung, Gesundheit und Ernährung gleichsetzt (siehe Grafik 4). Das Ziel jeder Armutsbekämpfungsstrategie sollte sein,

¹⁴ Die bogenförmige Kuznets-Kurve stellt einen grafischen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum her, wobei die Ungleichheit mit steigendem Wachstum zuerst zunimmt bis zu einem Höhepunkt. Ab diesem Punkt nimmt die Ungleichheit bei kontinuierlichem Wachstum ab.

¹⁵ Siehe OECD (2006).

diese unterschiedlichen Facetten miteinander in Einklang zu bringen; gleichzeitig stehen Gendergerechtigkeit und Umwelt stets im Fokus (vgl. OECD, 2006).

Grafik 4: Die Mehrdimensionalität der Armut



Quelle: OECD (2006). *Promoting Pro-Poor Growth. Key Policy Messages*, S.15.

Aus OECD-Sicht zeichnet sich armutsorientiertes Wachstum in Intensität und Struktur dadurch aus, dass arme Frauen und Männer in ihrer Fähigkeit gestärkt werden, am Wachstum teilzuhaben, dazu beizutragen und davon zu profitieren. Inwieweit Wirtschaftswachstum sich auf Armutsreduktion auswirkt, ist laut diesem Ansatz je nach Land unterschiedlich und steht in enger Verbindung mit der vorherrschenden Ungleichheit bzw. mit dem Bestehen oder Nicht-Bestehen einer öffentlichen Sozialpolitik. Im Fall Afrika hat die OECD z.B. folgende Schlussfolgerung gezogen: "Die Beziehung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Armut ist komplex und kontrovers. Wirtschaftliches Wachstum scheint eine Voraussetzung für Armutsreduzierung zu sein, allerdings ist es auf gar keinen Fall hinreichend. Damit Regierungen fähig sind, Strategien im Interesse der Armen effektiv durchzuführen, zählt die Qualität des Wachstums ebenso viel wie seine Stärke."¹⁶

Aus entwicklungspolitischer Sicht stellt sich also nicht so sehr die Frage, wie mehr Wachstum erzeugt werden sollte, sondern eher: Wie können die Fähigkeiten armer Menschen unterstützt und gefördert werden, damit diese in der Lage sind, eine treibende Kraft von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung zu werden? Auf diese Frage findet die G20 in ihrer Entwicklungsagenda allerdings keine klare Antwort. Ganz im Gegenteil, der Seoul Konsens liest sich weitgehend als ein Loblied auf den

¹⁶ Vgl. OECD (2010). *African Economic Outlook 2010*.

traditionellen Wachstumsbegriff: „Mehr Wachstum erzeugt automatisch weniger Armut“. Ähnlich wie das Entwicklungskonzept der EU¹⁷ verzichtet die G20 auf jegliche Verbindung mit dem von der OECD verwendeten Begriff des „pro-poor growth“.

Anstelle dessen verwendet die G20 an zahlreichen Stellen den Begriff des „inclusive growth“ (ausgewogenes Wachstum [AW], siehe Kasten 2). Dieser wurde während der letzten Jahre zunehmend von der Weltbank und weiteren internationalen Institutionen geprägt. Zwar scheint sich AW laut obiger Definition einerseits auf die Gestaltung und Nachhaltigkeit von Wachstum (nicht nur seine Geschwindigkeit) und die Belange der Arbeiterschaft zu beziehen. Andererseits herrscht weitestgehend ein marktorientierter Diskurs vor, der sich auf Wirtschaftswachstum verlässt, um Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. Auch, wenn man sich die erwähnten Prinzipien und Handlungsfelder der G20-Agenda anschaut, so lassen diese kaum einen Unterschied zum neoklassischen Wachstumsbegriff erkennen.

Kasten 2: Was ist „ausgewogenes Wachstum“ (AW)?

- AW** bezieht sich auf wirtschaftliches Wachstum, welches eine notwendige und wichtige Bedingung für Armutsreduktion ist.
- AW** übernimmt eine langfristige Perspektive und beschäftigt sich mit nachhaltigem Wachstum.
- (a) Das Wachstum sollte sich auf mehrere Sektoren stützen, damit es auch langfristig beibehalten werden kann. Daher spielen strukturelle Veränderungen eine sehr wichtige Rolle, um die Wirtschaft zu diversifizieren. Manche Länder können allerdings auch weiterhin Ausnahmen bilden und sich auf einen bestimmten Sektor spezialisieren aufgrund spezieller Bedingungen (z.B. kleine Staaten).
- (b) Das Wachstum sollte zudem zum Vorteil der breiten Arbeiterschaft sein. Ausgewogenheit bezieht sich hier auf Chancengleichheit beim Zugang zu Märkten und Betriebsmitteln sowie auf eine unvoreingenommene Regulierung von Unternehmen und Individuen.
- AW** stellt die Geschwindigkeit und Gestaltung von Wachstum in den Mittelpunkt. Die Art und Weise, wie Wachstum erzeugt wird, ist entscheidend für eine beschleunigte Armutsreduzierung und alle AW-Strategien müssen den speziellen Umständen eines Landes angepasst sein.
- AW** stellt eher produktive Beschäftigung als Einkommensumverteilung in den Mittelpunkt. Daher spielt nicht nur der Anstieg von Arbeitsplätzen, sondern auch ansteigende Produktivität eine wichtige Rolle.
- AW** beschäftigt sich nicht nur mit Unternehmen, sondern auch mit dem Individuum.
- AW** steht im Einklang mit der *absoluten* Definition von „pro-poor“ Wachstum, nicht mit der *relativen* Definition.
- AW** ist nicht auf spezielle Ziele begrenzt, wie z.B. Arbeitsplatzschaffung oder Einkommensverteilung. Dies sind nur potentielle Ergebnisse, aber nicht spezielle Ziele.
- AW** wird normalerweise von marktgerechten Wachstumsquellen angetrieben, wobei Regierungen eine unterstützende Rolle spielen.

Quelle: Ianchovichina, E., & Lundstrom, S. (2009): *What is Inclusive Growth?* (Eigene Übersetzung). URL: <http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/Resources/468980-1218567884549/WhatIsInclusiveGrowth20081230.pdf>

So setzt ausgewogenes Wachstum z.B. keine aktive Umverteilungspolitik (z. B. durch progressive Steuersysteme) zur Überwindung von Armutsstrukturen voraus. Damit steht der Begriff eher in Verbindung mit der *absoluten* Definition von

¹⁷ Vgl. Morazán, P., & Gerstetter, C. (2011).

armutsorientiertem Wachstum, wonach Wirtschaftswachstum als armutsorientiert gilt, wenn die Armen in absoluten Zahlen profitieren. Diese Definition zieht allein das steigende Einkommen der Armen in Betracht; die ungleiche Verteilung wird jedoch nicht berücksichtigt. Die *relative* Definition dagegen besagt, dass Wirtschaftswachstum nur dann als armutsorientiert gelten kann, wenn das durchschnittliche Einkommen der Armen stärker zunimmt als das Durchschnittseinkommen der nicht armen Bevölkerung. Dann nehmen Einkommensunterschiede in einer Gesellschaft ab – eine Hauptvoraussetzung für mehr Bildung, politische und soziale Mitbestimmung und wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Zwar sagt die empirische Erfahrung nicht ausdrücklich, welche Definition (die absolute oder relative) in welchem Kontext geeigneter ist. Die Realität ist allerdings z.Zt. reich an Beispielen, in welchen das Wirtschaftswachstum eher wenigen, nicht gerade armen Menschen zu Gute kommt (siehe Lateinamerika). Wenn es zudem darum geht, internationale und nationale Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die „Bürgerinnen und Bürger aller Länder in Zukunft mehr Wohlstand sichern können“, wie es in der ersten Zeile der G20 Erklärung heißt, dann sollten entsprechende Maßnahmen getroffen werden (siehe Forderungen), damit ausgewogenes Wachstum zu einer signifikanten Reduktion der absoluten Armut national und international beiträgt.

Der Begriff „ausgewogenes Wachstum“ lässt also die oben gestellte Frage, wie arme Menschen zu einer treibenden Kraft von Wachstum werden können, offen und setzt stattdessen auf eine Art „Trickle-down“-Automatismus. Die Diskussion über eine eindeutige Definition von „ausgewogenem Wachstum“ ist immer noch offen und hat eine große Relevanz, vor allem in Verbindung mit der Wahl der richtigen Entwicklungsstrategien zur Überwindung von Armut, sozialer Ungleichheit und Umweltverträglichkeit für Entwicklungs- und Industrieländer.¹⁸ Daher sollte die G20 eine stärkere Verbindung zwischen Wachstum und dem multidimensionalen Armutsbegriff anstreben und als Grundlage des Entwicklungskonsenses aufnehmen. Armut wird im gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskurs nicht nur als geringes Einkommen definiert, sondern auch als mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten im wirtschaftlichen und politischen Leben, Gefährdung durch wirtschaftliche, ökologische und politische Krisen, Missachtung der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie fehlender Zugang zu Ressourcen. Diese zahlreichen Facetten von Armut werden in der G20-Agenda weitestgehend vernachlässigt.

¹⁸ Vgl. Klasen, S. (2010). *Measuring and Monitoring Inclusive Growth: Multiple Definitions, Open Questions, and Some Constructive Proposals*. ADB Sustainable Development Working Paper Series, No. 12.

FORDERUNGEN AN DIE G20

In Hinblick auf die in diesem Papier erwähnten Lücken, Widersprüche und Grenzen der G20-Entwicklungsagenda stellt SÜDWIND einige Forderungen an die Bundesregierung als Mitglied der G20.

Konkretisierung und Verfolgung der Millenniumsentwicklungsziele: Im Rahmen der weltweiten Armutsbekämpfung sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Millenniumsentwicklungsziele ausführlicher thematisiert werden und zu konkreten, länderbezogenen Strategien führen. Das Ziel, 0,7 % des BNE aller Länder an Entwicklungshilfe bereit zu stellen, sollte weiter ernsthaft verfolgt werden, in der Form einer stufenweisen Annäherung bis 2015 (und weiterführend bis 2020). Insbesondere Industriestaaten müssen dabei ihrer bereits eingegangenen Verpflichtung nachkommen, doch auch Schwellenländer müssen ihrer neuen Rolle als Entwicklungsakteur gerecht werden.

Einführung einer Finanztransaktionssteuer: Um die Finanzmärkte zu regulieren und folgenschwere Spekulationen einzudämmen, hält SÜDWIND an der Forderung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) fest.¹⁹ Mittlerweile hat sich sogar die Europäische Kommission für eine solche Steuer zur Stärkung der Transparenz und Sicherheit auf den Finanzmärkten ausgesprochen und den Vorschlag für eine entsprechende EU-Verordnung verabschiedet.²⁰ Allerdings ist die Zustimmung zu diesem Vorschlag von der Zustimmung aller EU-Staaten abhängig. Die Notwendigkeit der FTT sollte zustimmende EU- und Drittländer jedoch dazu bewegen, auch ohne einstimmigen Beschluss deren Realisierung in einem FTT-Bündnis voranzutreiben. Die Einnahmen aus dieser Steuer könnten zur Armutsbekämpfung und zur Eindämmung weiterer Folgen des Klimawandels genutzt werden. Somit ließen sich die Ziele von Armutsbekämpfung, Nahrungsmittelsicherheit und der Vermeidung einer erneuten Finanzkrise in einem Mechanismus verbinden.

Regulierung der Märkte für Nahrungsmittelderivate: Der Spekulation mit Nahrungsmitteln muss ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu sollten entsprechende Maßnahmen beschlossen werden, welche die Transparenz auf den Finanzmärkten stärken und die handelbaren Mengen von Nahrungsmittelderivaten begrenzen. Zum einen müssten Derivate auf Nahrungsmittel zu höchster Transparenz und Regulierung verpflichtet werden. Dies kann am besten erreicht werden, wenn Traders nach Kategorie und Handelsaktivität eingeteilt werden.²¹ Um die kurzfristige Volatilität einzudämmen, sollten zudem Preislimits eingeführt werden. Diese und weitere Maßnahmen können mit der Zustimmung der G20 hin zu einem vollständigen Regulierungsrahmen entwickelt und umgesetzt werden.

¹⁹ Vgl. Knoke (2010). *Wer soll das bezahlen?* Institut Südwind, Siegburg, S. 59-60.

²⁰ Siehe Europäische Kommission (2010).

²¹ Für mehr Informationen zu diesem Vorschlag, siehe FAO et al. (2011).

Strukturelle Reform des Welthandels: Vor dem Hintergrund der weltweiten Nahrungsmittelkrise ist eine strukturelle Reform des Welthandels hin zu mehr Teilnahme und Teilhabe der ärmeren Länder unabdingbar. Es müssen Mechanismen geschaffen werden, die Entwicklungsländer vor den Importfluten der Industrieländer – insbesondere im Nahrungsmittelbereich – schützen (vgl. VENRO, 2010). Dadurch kann Entwicklungsländern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Produkte auf den Weltmärkten anzubieten und somit auch Profiteure der Globalisierung zu werden. Langfristig können nationale Marktstrukturen gestärkt und ausgebaut werden, um eine eigenständige Wirtschaft möglichst basierend auf unterschiedlichen Wirtschaftszweigen aufzubauen.

Förderung der Nahrungsmittelsouveränität von LICs: Gleichzeitig sollte der Export von Nahrungsmitteln nicht dazu führen, dass ein Land sich am Ende nicht selbst ernähren kann. Ziel sollte die „Nahrungsmittelsouveränität“ der ärmeren Länder sein, selbst zu entscheiden, in welchem Rahmen sie was und für wen produzieren und exportieren (vgl. Development Watch, 2010). Dazu muss der Einfluss multinationaler Konzerne – insbesondere im Agrarbereich – reguliert werden, um eine selbstständige Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten.

Ausbau von sozialen Netzen und Gendergerechtigkeit: Damit nicht noch mehr Menschen im Zuge von Finanzkrise, Nahrungsmittelpreisschwankungen und Klimawandel durch das Armutsraster fallen, spricht sich SÜDWIND klar für den Ausbau sozialer Netze, insbesondere in Entwicklungsländern, aus. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf Frauen gelegt werden, welche bedeutend überproportional von Armut und dem fehlenden Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung betroffen sind. Die G20 sollte sich vor diesem Hintergrund mehr mit dem Thema Gendergerechtigkeit auseinandersetzen, um Frauen langfristige (Über-) Lebensperspektiven zu ermöglichen. Dazu unterstützt SÜDWIND die Forderung von *Development Watch* (2010), eine Arbeitsgruppe für Gendergerechtigkeit (*Gender Equality Working Group*) innerhalb der G20 zu bilden, welche konkrete Strategien zur Verbesserung der Lebensmöglichkeiten von Frauen in Entwicklungsländern ausarbeitet. Längerfristig sollen diese Strategien implementiert und anschließend extern evaluiert werden.

Institutionelle Reform der internationalen Finanzinstitutionen: Letztlich befürwortet SÜDWIND das langfristige Ziel der G20, ärmere Länder mit verstärkter Stimme an Diskussionen und Entscheidungen der internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) teilhaben zu lassen. Dieser Punkt sollte jedoch nicht wie bisher ins offizielle Dokument aufgenommen werden ohne konkrete Ergebnisse, sondern zu einer tiefgreifenden institutionellen Reform dieser Institutionen führen. Gekoppelt mit der bisherigen Stimmverteilung nach finanzieller Teilhabe sollte jeder Staat eine Stimme erhalten nach dem Vorbild anderer internationaler Institutionen wie der UN oder der WTO.

LITERATUR

- DeLong, J. B. (o.J.). *What Have We Learned from the International Financial Crises of the 1990s?* URL: <http://econ161.berkeley.edu/TotW/learned.html> (letzter Abruf: 18.10.2011).
- Development Watch (2010). *G20 urged to stop Globalization of Poverty*. URL: http://developmentwatch.net/index.php?option=com_content&view=article&id=82:g20-poverty&catid=1:news&Itemid=5 (letzter Abruf: 18.10.2011).
- Europäische Kommission (2010). *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister*. Brüssel, den 15.09.2010. KOM(2010) 484 endgültig. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52010PC0484:EN:NOT> (letzter Abruf: 14.10.2011).
- FAO, IFAD, IWF, OECD, UNCTAD, WFP, Weltbank, WTO, IFPRI, & UN HLTF (2011). *Price Volatility in Food and Agricultural Markets: Policy Responses*. Policy Report, 2. Juni 2011. URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/40/34/48152638.pdf> (letzter Abruf: 17.10.2011).
- FAO (2011). *The State of Food Insecurity in the World. How does international price volatility affect domestic economies and food security?* Rom, 2011. URL: <http://www.fao.org/docrep/014/i2330e/i2330e.pdf> (letzter Abruf: 14.10.2011).
- G20 (2011a). *Action Plan on Food Price Volatility and Agriculture*. Ministerial Declaration. Paris, 22. & 23. Juni 2011. URL: http://agriculture.gouv.fr/IMG/pdf/2011-06-23_-_Action_Plan_-_VFinale.pdf (letzter Abruf: 17.10.2011).
- G20 (2011b). *What is the G20?* URL: http://www.g20.org/about_what_is_g20.aspx (letzter Abruf: 18.10.2011).
- G20 (2010a). *Multi-Year Action Plan on Development*. URL: http://media.seoulsummit.kr/contents/dlobo/E4_ANNEX2.pdf (letzter Abruf: 10.10.2011).
- G20 (2010b). *Seoul Development Consensus for Shared Growth*. URL: http://www.g20.org/Documents2010/11/seoulsummit_annexes.pdf (letzter Abruf: 10.10.2011).
- Ianchovichina, E., & Lundstrom, S. (2009). *What is Inclusive Growth?* URL: <http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/Resources/468980-1218567884549/WhatIsInclusiveGrowth20081230.pdf> (letzter Abruf: 17.10.2011).
- IWF (2009). *The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income Countries*, Washington. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/books/2009/globalfin/globalfin.pdf> (letzter Abruf: 10.10.2011).
- Kanbur, R. und Sumner A. (2010): *Poor Countries or Poor People? Development Assistance and the New Geography of Global Poverty*
- Klasen, S. (2010): *Measuring and Monitoring Inclusive Growth: Multiple Definitions, Open Questions, and Some Constructive Proposals*. ADB Sustainable Development Working Paper Series, No. 12.
- Knoke, I. (2010). *Wer soll das bezahlen?* Institut Südwind, Siegburg/Bonn.

- Morazán, P., & Gerstetter, C. (2011): *Increasing the impact of EU-Development Policy*. Briefing Paper, EU Parliament. URL: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-6_Increasing_the_Impact_of_EU_development_Policy.pdf (letzter Abruf: 10.10.2011).
- OECD (2010). *African Economic Outlook 2010*. URL: http://www.oecd.org/document/33/0,3746,en_2649_15162846_452489_93_1_1_1_1,00.html (letzter Abruf: 17.10.2011).
- OECD (2006). *Promoting Pro-Poor Growth. Key Policy Messages*. URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/43/29/43773640.pdf> (letzter Abruf: 17.10.2011).
- Schulz, Nils-Sjard (2011): *Why Europe must tune-in to the multi-polar development agenda*, Policy Brief, FRIEDE, Madrid.
- Stiglitz, J. E. (2011). *Of the 1%, by the 1%, for the 1%*. URL: <http://www.vanityfair.com/society/features/2011/05/top-one-percent-201105?currentPage=1> (letzter Abruf: 17.10.2011).
- The Guardian (2011). *What's pushing up food prices?* URL: <http://www.guardian.co.uk/global-development/2011/jun/22/rising-food-prices-explainer> (letzter Abruf: 17.10.2011).
- The Reality of Aid (2010): *Aid and Development Effectiveness: Towards Human Rights, Social Justice and Democracy* <http://www.realityofaid.org/roa-reports/index/secid/375/Aid-and-Development-Effectiveness-Towards-Human-Rights-Social-Justice-and-Democracy>
- UNCTAD (2009). *The global Economic Crisis: Systemic Failures and multilateral Remedies*. Report by the UNCTAD Secretariat Task Force on Systemic Issues and Economic Cooperation, New York and Geneva.
- UN-Kampagne (o.J.). *Die Millenniumsentwicklungsziele*. URL: <http://www.un-kampagne.de/index.php?id=90> (letzter Abruf: 17.10.2011).
- VENRO (2011). *Entwicklungsfinanzierung: Alte Versprechen und neue Wege*. URL: http://www.venro.org/fileadmin/redaktion_2015/pdf/VENRO_2015_ODA_2011_web.pdf (letzter Abruf: 18.10.2011).
- VENRO (2010). *G20-Gipfel: Nicht nur Fokus auf Wirtschaftswachstum. Armutsbekämpfung stärker berücksichtigen*. Pressemitteilung Bonn, 10. November 2010. URL: http://www.venro.org/presse.html?&press_id=884 (letzter Abruf: 18.10.2011).
- Weltbank (2008). *A Note on Rising Food Prices*. Policy Research Working Paper 4682, Juli 2008. URL: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2008/07/28/000020439_20080728103002/Rendered/PDF/WP4682.pdf (letzter Abruf: 18.10.2011)